

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 22. Mai 1969

Nummer 21

Voraussichtliche Entwicklung der Sozialeinkommen in der Bundesrepublik bis zum Jahre 1972

Mit der Vorlage eines Sozialbudgets ist nun auch im sozialen Bereich der Weg längerfristiger Vorausschau beschritten worden. In dem Sozialbudget 1968 der Bundesregierung¹ sind die Ergebnisse einer Vorausschätzung der öffentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte — der Sozialeinkommen — enthalten, die den Großteil öffentlicher Sozialleistungen ausmachen.

Die Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums bewegen sich im Rahmen der mittelfristigen Wirtschaftsprojektion der Bundesregierung, gehen von einem durchschnittlichen Zuwachs der jährlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme von 5,9 vH (je Arbeitnehmer von 5,2 vH) sowie vom geltenden Recht aus. Die inzwischen vorliegenden Ergebnisse über die Entwicklung der Arbeits- und Sozialeinkommen im Jahre 1968 lassen jedoch eine Überprüfung dieses Sozialbudgets ebenso notwendig erscheinen wie die in der Zwischenzeit bekanntgewordenen Beschlüsse bzw. Gesetzesvorlagen über Leistungsverbesserungen und andere Rechtsänderungen.

Nachstehend wird versucht, das Ausmaß einer möglichen Korrektur abzuschätzen. In folgenden Punkten mußte von der amtlichen Vorausberechnung abgewichen werden. Es wurde unterstellt, daß

1. die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen stärker expandieren als erwartet (1969: + 8 vH, 1970: + 6,5 vH, 1971 und 1972: jeweils + 6 vH);
2. durch Einführung der Lohnfortzahlung an kranke Arbeiter am 1. Juli 1969 die Kranken-

kassen 1969 um 1,3 Mrd. DM, 1970 bis 1972 um jeweils 2,5 Mrd. DM entlastet werden, und

3. einige Leistungserhöhungen früher als ursprünglich vorgesehen bewilligt werden (Kriegsopferversorgung, Altershilfe für Landwirte).

Grundlage der Berechnung waren im übrigen die von der Bundesbank für 1968 publizierten statistischen Informationen über die öffentlichen Einkommensübertragungen.

Allgemeine Entwicklung

Die öffentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte (Sozialeinkommen)² haben sich von 1960 bis 1968 fast verdoppelt. Die Vorausberechnung zeigt, daß sie bis zum Jahre 1972 um weitere 23 vH auf knapp 90 Mrd. DM steigen werden. Das Wachstumstempo wird sich somit verlangsamen: Während die Sozialeinkommen von 1960 bis 1968 durchschnittlich um 8,9 vH im Jahr zunahm, werden sie bis 1972 nur noch um 5,2 vH jährlich wachsen.

Gemessen an der Summe aller Nettoeinkommen (Nettosozialprodukt zu Marktpreisen) wird sich der Anteil der Sozialeinkommen etwas verringern, nachdem er sich 1965 und 1966 leicht und im Rezessionsjahr 1967 stärker (von 14,7 vH auf 16,1 vH) erhöht hatte. Auch im Rahmen der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird die Bedeu-

¹ Sozialbudget 1968, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, Januar 1969.

² Vgl. Wochenberichte des DIW Nr. 44/1965 und Nr. 31/1968.

Öffentliche Einkommensübertragungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾

	1960	1965	1966 ²⁾	1967 ³⁾	1968 ⁴⁾	1969 ⁵⁾	1970 ⁶⁾	1971 ⁶⁾	1972 ⁶⁾
in Mrd. DM									
Pensionen und Sozialversicherungsrenten	24,62	39,60	43,92	48,65	51,91	56,35	60,75	64,85	69,20
Beamtenpensionen ²⁾	5,89	9,29	10,07	10,75	11,37	12,25	13,00	13,80	14,65
Renten der Rentenversicherungen ³⁾	17,09	26,94	30,03	33,87	36,07	39,25	42,55	45,55	48,75
Sonstige Sozialversicherungsrenten ⁴⁾	1,64	3,37	3,82	4,03	4,47	4,85	5,20	5,50	5,80
Kriegsfolgeleistungen	5,69	6,99	6,94	7,54	7,49	7,35	7,40	7,15	7,25
Kriegsopferversorgung	3,52	4,74	4,77	5,42	5,40	5,35	5,55	5,40	5,55
Sonstige Kriegsfolgeleistungen ⁵⁾	2,17	2,25	2,17	2,12	2,09	2,00	1,85	1,75	1,70
Geldleistungen der Krankenversicherung mit Lohnfortzahlung (ab Juli 69)	3,09	4,09	4,44	3,97	4,45	3,50	2,50	2,65	2,85
ohne Lohnfortzahlung						4,80	5,00	5,15	5,35
Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung	0,57	0,86	0,72	1,99	1,51	1,20	1,20	1,20	1,15
Sozialhilfe und Arbeitslosenfürsorge	0,82	1,21	1,38	1,47	1,62	1,65	1,70	1,80	1,85
Kindergeld ⁶⁾	0,89	2,76	2,93	2,65	2,60	2,65	3,05	3,05	3,05
Sonstige Einkommensübertragungen ⁷⁾	1,05	2,12	2,68	2,89	3,17	3,20	3,35	3,45	3,60
Sozialeinkommen⁸⁾									
mit Lohnfortzahlung (ab Juli 69)	36,73	57,63	63,01	69,16	72,75	75,90	79,95	84,15	88,95
ohne Lohnfortzahlung						77,20	82,45	86,65	91,45
Anteile in vH									
Pensionen und Sozialversicherungsrenten	67,0	68,7	69,7	70,3	71,3	74,2	76,0	77,1	77,8
Beamtenpensionen ²⁾	16,0	16,1	16,0	15,5	15,6	16,1	16,3	16,4	16,5
Renten der Rentenversicherungen ³⁾	46,5	46,7	47,6	49,0	49,6	51,7	53,2	54,1	54,8
Sonstige Sozialversicherungsrenten ⁴⁾	4,5	5,9	6,1	5,8	6,1	6,4	6,5	6,6	6,5
Kriegsfolgeleistungen	15,5	12,1	11,0	10,9	10,3	9,7	9,3	8,5	8,2
Kriegsopferversorgung	9,6	8,2	7,6	7,8	7,4	7,0	6,9	6,4	6,3
Sonstige Kriegsfolgeleistungen ⁵⁾	5,9	3,9	3,4	3,1	2,9	2,6	2,3	2,1	1,9
Geldleistungen der Krankenversicherung mit Lohnfortzahlung (ab Juli 69)	8,4	7,1	7,0	5,8	6,1	4,6	3,1	3,2	3,2
Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung	1,6	1,5	1,1	2,9	2,1	1,6	1,5	1,4	1,3
Sozialhilfe und Arbeitslosenfürsorge	2,2	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1
Kindergeld ⁶⁾	2,4	4,8	4,7	3,8	3,6	3,5	3,8	3,6	3,4
Sonstige Einkommensübertragungen ⁷⁾	2,9	3,7	4,3	4,2	4,4	4,2	4,2	4,1	4,0
Sozialeinkommen⁸⁾, insgesamt (mit Lohnfortzahlung)	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<p>Quellen: Deutsche Bundesbank; Sozialbudget 1968; Berechnungen des DIW. ¹⁾ Einschl. Saarland und Berlin (West). — ²⁾ Nettopensionen einschl. der Bezüge nach Art. 131 GG. — ³⁾ Renten und andere Barleistungen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung. Nicht enthalten sind die Krankenversicherungsbeiträge der Rentner (2 vH). — ⁴⁾ Unfallversicherung, landwirtschaftliche Altershilfe, Zusatzversicherung für den öffentlichen Dienst. — ⁵⁾ Lastenausgleich, Wiedergutmachung, Kriegsgefangenen-Entschädigung. — ⁶⁾ 1965 bis 30. 6. 1967 einschl. Ausbildungszulagen. — ⁷⁾ Mutterschutz-Barleistungen, Hilfsmaßnahmen für den Bergbau, Mietbeihilfen, Zuschüsse an private Organisationen ohne Erwerbscharakter. — ⁸⁾ Ohne Vermögensübertragungen und betriebliche Übertragungen. — ⁹⁾ Vorläufige Zahlen. — ¹⁰⁾ Schätzung; dabei wurde von folgenden Grundannahmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis 1972 (Zunahmen gegenüber dem Vorjahr in vH) ausgegangen:</p>									
		1969	1970	1971	1972				
Zahl der abhängig Beschäftigten		2,0	1,0	0,8	0,5				
Durchschnittliches Bruttoentgelt		8,0	6,5	6,0	6,0				
Bruttolohn- und Gehaltssumme		10,0	7,5	6,8	6,5				

tung der öffentlichen Einkommensübertragungen zurückgehen. Anders als in den Jahren 1965 bis 1968 wird die Zuwachsrate der Sozialeinkommen wieder hinter dem Wachstum der verfügbaren Einkommen zurückbleiben, der Anteil von 21,4 vH (1968) auf rund 20 vH sinken — obwohl die Zahl der Altersrentner noch über 1972 hinaus steigt und einige Leistungserweiterungen und -erhöhungen (Kriegsopferversorgung, Kindergeld, Rentenversicherung, Beamtenpensionen, landwirtschaftliche Altershilfe) vorgesehen sind.

Ursache dieser Entwicklung sind strukturelle Veränderungen in den kommenden Jahren: Eine stärkere Zunahme der Rentenzahlungen wird — trotz steigender Einzelleistungen — weitgehend kompensiert durch Rückgang, Stagnation oder sehr schwaches Wachstum in anderen Leistungsbereichen. Entscheidend sind hierbei der Rückgang der Kriegsfolgeleistungen und die noch in diesem Jahr vorgesehene Einführung der Lohnfortzahlung an kranke Arbeiter.

Strukturveränderungen

Bereits in den letzten Jahren hat sich die Struktur der öffentlichen Einkommensübertragungen beträchtlich verändert: Der Anteil der Einkommenstransfers im Rahmen der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung nimmt ständig zu; die Bedeutung der Kriegsfolgeleistungen (Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich, Wiedergutmachung usw.) geht immer stärker zurück. In ihrem Gewicht gleichfalls rückläufig sind die Leistungsbereiche Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie die Kindergeldzahlungen.

Die Ausgaben für *Sozialversicherungsrenten* und *Pensionen*, die 1960 mit 24,6 Mrd. DM schon zwei Drittel aller Sozialeinkommen ausmachten, haben sich — vor allem infolge der ständigen Erweiterung des Empfängerkreises und der laufenden Anpassung der Renten und Pensionen an die allgemeine Einkommensentwicklung — bis 1968 mehr als verdoppelt. Auf diesen Teil der Sozialeinkommen entfallen gegenwärtig bereits rund 71,5 vH der öffentlichen Einkommensübertragungen; er wird sich bis 1972 mit einem Volumen von fast 70 Mrd. DM auf 78 vH erhöht haben. Dabei werden 1972 allein die Renten der Rentenversicherungen³ mehr als die Hälfte der gesamten öffentlichen Einkommenstransfers beanspruchen. Dieses Vordringen der Rentenleistungen ist einmal bedingt durch den wachsenden Rentenbestand — erst 1975 wird der Gipfel des „Rentenbergs“ erreicht sein —, zum anderen durch die jährliche Anpassung der Renten an die Entwicklung der Versicherteneinkommen.

Allerdings werden die Rentenleistungen in den nächsten Jahren nur um 7,8 vH jährlich zunehmen und damit deutlich hinter dem durchschnittlichen Zuwachs der letzten Jahre (1960 bis 1968: + 9,8 vH jährlich) zurückbleiben. Ursache dieser Abschwächung ist das geringere Wachstum der Arbeitnehmerereinkommen während der ungünstigen Konjunkturphase der jüngsten Vergangenheit, das sich aufgrund des time-lags von effektiv vier Jahren erst in der Rentenanpassung in den 70er Jahren voll auf die Rentenleistungen auswirken wird. Dabei werden sich vor allem die Leistungen der Arbeiterrentenversicherung nicht mehr im gleichen Ausmaße erhöhen wie bisher: Während sie von 1965 bis 1968 noch um 34 vH stiegen, werden sie bis 1972 nur um 23 vH zunehmen — deutliches Zeichen einer Tendenz des Hineinwachsens eines immer größeren Teils von Erwerbstätigen in Angestelltenberufe.

Waren 1965 noch reichlich 32 vH der Arbeitnehmer (ohne Beamte und Lehrlinge) Angestellte, so werden es 1972 bereits fast 36 vH sein.

Die Beamtenpensionen werden 1972 mit knapp 15 Mrd. DM ungefähr 16,5 vH der Sozialeinkommen ausmachen und damit ihren Anteil leicht erhöhen. Auch die sonstigen Sozialversicherungsrenten (Unfallversicherung, landwirtschaftliche Altershilfe⁴, Zusatzversicherung des öffentlichen Dienstes) gewinnen etwas an Gewicht.

Demgegenüber wird die Bedeutung der *Kriegsfolgeleistungen* weiterhin zurückgehen: 1972 werden nur noch 8 vH der gesamten öffentlichen Einkommenstransfers den Kriegsopfern zugute kommen. Wichtigster Posten innerhalb dieser Leistungskategorie ist die Kriegsopferversorgung mit gut 70 vH der Ausgaben. Zwar geht die Anzahl der Leistungsfälle kontinuierlich zurück; dennoch wird die Summe der jährlichen Zahlungen durch Leistungsverbesserungen⁵ annähernd konstant bleiben.

Unter den übrigen Kriegsfolgeleistungen bleiben die laufenden Ausgaben im Rahmen der Wiedergutmachung ebenfalls konstant, während die Einkommensübertragungen aus dem Lastenausgleich auch absolut zurückgehen. 1972 wird ihr Anteil an den gesamten Sozialeinkommen auf 1,5 vH gefallen sein (1968: 2,4 vH).

Für die Entwicklung der Barleistungen im Bereich der *Krankenversicherung* (Krankengeld, Wochenhilfe, Sterbegeld) ist seit 1960 — abgesehen von konjunkturellen Sondereinflüssen — eine steigende Tendenz zu beobachten, die zum Teil durch Leistungsverbesserungen bedingt war. 1968 machten die Geldleistungen der Krankenversicherung immerhin 6 vH der gesamten Einkommensübertragungen aus. Da ein Beschluß des Bundestages über die Einführung der Lohnfortzahlung an kranke Arbeiter nunmehr unmittelbar bevorsteht — die Neuregelung soll bereits zum 1. Juli 1969 in Kraft treten —, werden die Krankenkassen kräftig entlastet. Sie haben künftig grundsätzlich Krankengeld nur für Versicherte zu zahlen, die länger als sechs Wochen arbeitsunfähig sind. Dadurch werden die Barleistungen der Krankenversicherung zunächst sogar absolut zurückgehen. Diese Einsparung würde dann geringer sein, wenn durch Erhöhung der Versiche-

³ Ausschl. der Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung.

⁴ Leistungsverbesserungen sind noch im laufenden Jahr zu erwarten; so wird u. a. das Altersgeld um 16 vH angehoben.

⁵ Leistungsverbesserungen in der Kriegsopferversorgung wurden für 1970 und 1972 angenommen

rungspflichtgrenze zusätzlich Leistungsansprüche entstehen sollten⁶.

Die Geldleistungen der *Arbeitslosenversicherung* dürften bei fortdauernder Vollbeschäftigung in den nächsten Jahren mit leicht sinkendem Leistungsvolumen ihren Anteil an den gesamten Sozialleistungen etwas verringern. Die Barleistungen im Rahmen der *Sozialhilfe* und *Arbeitslosenfürsorge* werden sich dagegen im gleichen Ausmaß wie die öffentlichen Einkommensübertragungen insgesamt leicht erhöhen.

Die Zahlungen von *Kindergeld* haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. 1960 lag ihr Anteil an den Sozialeinkommen bei 2,4 vH, im Jahre 1965 einschließlich Ausbildungszulagen sogar bei 4,8 vH; 1968 aber, nach dem Wegfall der Ausbildungszulage (Mitte 1967), umfaßten sie bei einem Leistungsvolumen von 2,6 Mrd. DM nur noch 3,6 vH der öffentlichen Einkommensübertragungen. Bis 1972 dürfte dieser Anteil ungefähr konstant bleiben. Dafür sind vor allem die für 1970 geplanten Aufstokkungen des Kindergeldes für dritte und weitere Kinder um je 10 DM im Monat ausschlaggebend. Ohne diese Leistungsverbesserungen würde das Kindergeld bei steigendem Einkommen sogar absolut zurückgehen, weil bisherige Empfänger aus den Einkommensgrenzen, die für das Zweit-Kindergeld bestehen (650 DM), herauswachsen⁷. Ob die schon seit Jahren angestrebte und sozialpolitisch auch er-

wünschte Neuordnung des Familienlastenausgleichs noch vor 1972 wirksam wird, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen.

Ausblick

Die unter korrigierten Grundannahmen und unter Berücksichtigung von Veränderungen des Leistungsrechts durchgeführte Überprüfung der amtlichen Vorausberechnung zeigt insgesamt nur geringfügige Abweichungen. Für 1972 ist danach mit öffentlichen Einkommensübertragungen in Höhe von 89 Mrd. DM — ohne Inkrafttreten der Lohnfortzahlung (Mitte 1969) mit 91,5 Mrd. DM — zu rechnen: Dieses Ergebnis liegt nur um 0,7 Mrd. DM über dem der amtlichen Schätzung⁸. Die für 1969 und später zu erwartenden stärkeren Lohnerhöhungen werden erst in den Jahren nach 1972 die Sozialeinkommen spürbar beeinflussen; frühestens 1973 wird der Rentenanpassungssatz wieder 7 vH erreichen. Bis dahin werden die Rentner voraussichtlich nur unterproportional an der Einkommens-expansion beteiligt sein.

⁶ Die gegenwärtig noch nicht abgeschlossene Diskussion über die Höhe der Versicherungspflichtgrenze gestattet keine Quantifizierung. Es wurde der Schätzung deshalb eine gegenüber den Ansätzen des Sozialbudgets von 1970 an gleichbleibende Einsparung von jährlich 2,5 Mrd. DM zugrunde gelegt.

⁷ Eine Zunahme des Kindergeldes ist durch die konjunkturell bedingte MehrEinstellung von Gastarbeitern zu erwarten. Ende 1968 wurde schon rund ein Drittel der Anträge auf Kindergeld von „Berechtigten mit Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereiches des BKG (Bundeskindergeldgesetz)“ gestellt.

⁸ Bereinigt um die Krankenversicherungsbeiträge der Rentner, die in der Berechnung des DIW nicht zu den Sozialeinkommen gezählt werden, weist die amtliche Berechnung für 1972 Sozialeinkommen von insgesamt 90,8 Mrd. DM aus.

Leistung und Produktivität im Kohlenbergbau der Sowjetunion

Die Sowjetunion steht in der Kohlenförderung — rechnet man Stein- und Braunkohle zusammen — seit einer Reihe von Jahren an der Spitze aller Länder. Ihr Anteil an der Weltförderung betrug 1967, dem letzten Jahr, für das zuverlässige statistische Unterlagen vorhanden sind, 19 vH bei Steinkohle und 20 vH bei Braunkohle. Das wichtigste Revier ist weiterhin das Donezrevier, auf das 47 vH der sowjetischen Steinkohlenförderung entfallen; an zweiter Stelle steht das westsibirische Kusnezsk-Revier mit einem Anteil von 23 vH. Nennenswerte weitere Steinkohlenreviere sind Karaganda und Petschora mit Förderanteilen von 6 bzw. 3,5 vH. An Kokskohle, die für die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie besonders wichtig ist und auf die rund ein Drittel der Steinkohlenförderung entfällt,

Die Kohlenförderung 1960–1968

Land bzw. Kohlenart	in Mill. t				in vH der Weltförde- rung	
	1960	1966	1967	1968	1960	1967
Alle Länder						
Steinkohle	1 983	2 308	2 332	.	100	100
Braunkohle	644	740	739	.	100	100
UdSSR						
Steinkohle	375	439	450	447	19	19
Braunkohle	135	146	150	138	21	20
Ver. St. v. Amerika						
Steinkohle	392	483	507	501	20	22
Braunkohle	2	4	4	5	0,3	0,5
Bundesrep. Deutschland						
Steinkohle	142	126	112	112	7	5
Braunkohle	96	98	97	98	15	13

liefert das Donezrevier mit 51 vH die Hälfte, Kusnezsk 29 vH.

Die Kohlenförderung stieg in der Sowjetunion nach dem Kriege äußerst rasch: Im Jahrzehnt 1950 bis 1960 wuchs sie um 96 vH gegenüber 46 vH im Durchschnitt aller Länder. Das Jahrzehnt 1957 bis 1967 brachte dagegen nur eine Steigerung um knapp 10 vH. Wie in fast allen anderen Ländern hat sich also auch in der Sowjetunion in der letzten Zeit das Wachstum der Kohlenförderung verlangsamt. Dennoch ist die Kohle nach wie vor der wichtigste Energieträger der sowjetischen Wirtschaft: Auf sie entfielen im Jahre 1967 noch rund 40 vH des gesamten Primärenergieverbrauchs, auf Erdöl rund 30 vH und auf Erdgas, dessen Anteil besonders rasch steigt, rund 22 vH; der übrige Bedarf wird durch Holz, Torf und Ölschiefer gedeckt.

Zwischen Stein- und Braunkohle wird in den sowjetischen Veröffentlichungen nicht in allen Fällen unterschieden; in manchen statistischen Angaben wird nur von „Kohle“ gesprochen. Die sowjetische Steinkohle dürfte bei höherem Asche- und Wassergehalt dem Heizwert nach der durchschnittlichen westeuropäischen und amerikanischen Steinkohle etwas unterlegen sein. Die sowjetische Braunkohle hingegen ist der üblichen lignitischen Braunkohle, wie sie vor allem aus den deutschen Revieren kommt, überlegen. Der durchschnittliche Heizwert der sowjetischen Kohle wird mit 5000 WE angegeben; legt man für die beiden Kohlearten die Heizwerte westeuropäischer Stein- und Braunkohle zugrunde, so ergäbe sich für die sowjetische Kohle ein mittlerer Heizwert von 5760 WE. Der durchschnittliche Aschegehalt ist mit 19,6 vH der Gesamtförderung — bei Koks-kohle 14,1 vH — überaus hoch. Bei nach Europa importierter amerikanischer Koks-kohle beträgt der durchschnittliche Aschegehalt 5 bis 6 vH, bei westeuropäischer Koks-kohle 8 vH. Der wesentlich höhere Aschegehalt der sowjetischen Kohle erklärt sich wahrscheinlich aus der jahrelangen Ausrichtung auf eine möglichst große Fördermenge, wobei der Qualitätsaspekt offenbar zunächst eine untergeordnete Rolle gespielt hat.

Trotz der geringeren Qualität führt die Sowjetunion erhebliche Mengen von Steinkohle aus — in erster Linie in die Länder des RGW, kleinere Mengen aber auch nach Frankreich, Japan, Finnland und sogar in die Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 1965 wurden von der Sowjetunion insgesamt 22,4 Mill. t Steinkohle ausgeführt, wovon Mitteldeutschland 5,8, die CSSR 2,8, Bulgarien 2,5, Frankreich 1,6, Japan 1,2, Ungarn 1,0, Österreich 0,8, Finnland 0,5 Mill. t und die Bundesrepublik 59 000 t er-

halten haben. Der Wert der Kohlenausfuhr erreichte 1965 insgesamt 268 Mill. Rubel. Die den einzelnen Ländern berechneten Preise sind unterschiedlich; die Ausfuhr in die westlichen Länder ist wohl in der Hauptsache auf besonders verbilligte Angebote zurückzuführen.

Besonders interessant ist die Frage der Produktivität im sowjetischen Kohlenbergbau. Hierüber ist das Ausland bisher nur durch Einzeldaten bestimmter Betriebe unterrichtet worden; ein Vergleich mit dem Durchschnitt westeuropäischer oder amerikanischer Leistungen ist demzufolge nicht möglich gewesen. Zweifellos hat die Sowjetunion seit einer Reihe von Jahren erhebliche Anstrengungen gemacht, die Schichtleistung durch Mechanisierung und Konzentration der Betriebe zu steigern. Zahlreiche maschinelle Anlagen sind entwickelt worden, die auch westlichen Fachleuten bemerkenswert erschienen, wenn sie auf Ausstellungen, Messen und internationalen Konferenzen vorgestellt wurden. In der Technik der unterirdischen Vergasung von Kohleflözen und der hydromechanischen Gewinnung von Kohle — bei der die Kohle unter Tage mit Wasser unter hohem Druck herausgelöst und hydraulisch weiterbefördert wird — sind vielbeachtete Pionierleistungen vollbracht worden. Die bei diesem Verfahren angegebenen Produktivitätsziffern ließen auch im Ausland aufhorchen.

Wie hoch aber die Leistung je Mann und Schicht im Durchschnitt des gesamten Kohlenbergbaus — namentlich im Untertagebetrieb — ist, ließ sich von der westlichen Fachwelt bis vor kurzem nicht feststellen. Erst zwei neue Veröffentlichungen in der Moskauer Zeitschrift UGOL (Kohle) haben hierzu gewisse Angaben gebracht¹. Aus ihnen geht hervor, daß die Schichtleistung, also die Kohlenförderung je Mann und Schicht, zweifellos weit hinter den Leistungen des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, aber auch hinter der Effizienz des britischen und französischen zurückbleibt, von den weit überlegenen Leistungen im Steinkohlenbergbau der Vereinigten Staaten ganz abgesehen. Die durchschnittliche Schichtleistung des Arbeiters unter Tage lag 1967 in der Sowjetunion bei 1,90 t gegenüber 3,26 t in der Bundesrepublik, 2,86 t in Großbritannien und 2,24 t in Frankreich. In den Vereinigten Staaten beträgt die Schichtleistung unter Tage über 13 t.

Ein anderes Bild zeigt sich, berechnet man die Förderung je Arbeiter auf Jahresbasis. Aufgrund

¹ Ugol, August und November 1968.

Produktivität im Kohlenbergbau einiger Länder 1967

Land bzw. Kohlenart	Förderung in Mill. t	Zahl der Arbeiter in 1000	Jährl. Förderung je Arbeiter in t	Durchschnittl. Schichtleistung unter Tage in t
UdSSR Stein- und Braunkohle	600	1 009	600	1,90
Ver. St. v. Amerika ¹⁾ Steinkohle	483	132	3 670	13,30
Großbritannien Steinkohle	175	404	434	2,86
Bundesrep. Deutschland Steinkohle	112	234	480	3,26
Braunkohle	97	22	4 420	.
gesamt	209	256	817	.
Frankreich Steinkohle	48	134	359	2,24

¹⁾ 1966.

der sowjetischen Angaben ergibt sich für die Jahresförderung je Arbeiter im gesamten sowjetischen Kohlenbergbau ein Durchschnitt von 600 t gegenüber 817 t in der Bundesrepublik, wobei Stein- und Braunkohle in beiden Ländern zusammengerechnet wurden. Dagegen bleibt die Jahresleistung im Steinkohlenbergbau Großbritanniens und Frankreichs erheblich hinter der sowjetischen Ziffer zurück. Die Inkongruenz zwischen der täglichen Schichtleistung und der Jahresleistung erklärt sich aus der in der Sowjetunion wesentlich höheren Zahl der verfahrenen Schichten. Offenbar besteht dort noch die Sechstageswoche. Ferner dürften die Fehlschichten infolge Urlaubs, Krankheit und aus persönlichen Gründen erheblich geringer sein als in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten. Die Zahl der tatsächlich verfahrenen Schichten je Arbeiter betrug im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik für das Jahr 1967 nur noch 210; für die Sowjetunion muß nach den genannten Ziffern die Zahl der tatsächlich verfahrenen Schichten mindestens um ein Viertel höher liegen.

Die Gründe für die geringere Schichtleistung werden in der sowjetischen Fachpresse mit dem Vorhandensein vieler alter kleiner und unmoderner Grubenbetriebe angegeben. Nicht weniger als 50 vH der Gesamtkohleförderung kommt aus Gruben mit weniger als 600 000 t Jahresförderung, während die durchschnittliche Jahresförderung einer Schachanlage in der Bundesrepublik 1,4 Mill. Tonnen beträgt. Der Grad der Mechanisierung scheint aber in den letzten Jahren westeuropäischen Maßstäben gleichzukommen. Ein Vorteil gegenüber dem westeuropäischen Steinkohlenbergbau besteht darin, daß der sowjetische Steinkohlenbergbau wie der amerikanische einen beträchtlichen Teil seiner Förderung im Tagebau gewinnt; ein erheblicher Teil des Braunkohlenbergbaus wird allerdings noch unter Tage durchgeführt. Da die sowjetischen Angaben nicht zwischen Stein- und Braunkohle unterscheiden, ist ein Vergleich nicht möglich.

Bei den günstigen natürlichen Voraussetzungen sind weitere Produktivitätsfortschritte sicher zu erwarten. Die durchschnittliche Fördertiefe beträgt erst 333 m gegenüber 745 m in der Bundesrepublik. Nur 0,6 der Gesamtförderung stammt aus Flözen mit weniger als 50 cm Mächtigkeit, dagegen etwa die Hälfte der Förderung aus Flözen aus der günstigen Durchschnittsmächtigkeit von 1,2 bis 3,5 m. Nicht weniger als 76,4 vH der Gesamtförderung entstammt flachgelagerten Flözen, während 13,6 vH aus Flözen mit steiler Lagerung entnommen wurden. Ein genauer Vergleich mit den Verhältnissen der Bundesrepublik läßt sich nicht führen, da Angaben über den Grad des Einfallens fehlen. Der Anteil der Tagebauförderung wird weiter steigen. In den großen Revieren von Kusnezsk und Karaganda sind die Voraussetzungen hierfür weitgehend gegeben.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

Die Sozialeinkommen in der Bundesrepublik bis 1972 bearbeitet von Sibylle-May Lang. — Der Kohlenbergbau der Sowjetunion bearbeitet von Ferdinand Friedensburg.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1.—